

erlerntem Wissen unterschieden und beides farblich dargestellt. Der Erkenntnisexpress kann innerhalb von zwei bis vier Stunden angewendet werden, die Teilnehmerzahl acht bis 100 Personen umfassen. Das Kennenlernen sowie das Ins-Gespräch-Kommen gehören zwar zur Methode, sind jedoch sekundär. Daher geht es nicht um den Wechsel der Gruppen, damit sich alle kennen lernen und ein gruppendynamischer Wechsel entsteht, sondern um den methodischen Wechsel zwischen Zuhören und Aktion.

Die Vorteile des Erkenntnisprozesses liegen darin, dass unbekannte Menschen leicht miteinander ins Gespräch kommen, da sie gleich zu Beginn einen gemeinsamen Arbeitsauftrag erhalten und die Atmosphäre angenehm ist. Ihr mitgebrachtes beziehungsweise ihr erlerntes Wissen wird für sie und die Veranstaltenden sichtbar dokumentiert. Nachdem die Ergebnisse auf den Tischdecken fotografisch festgehalten wurden, verbleiben die Papiere bei den Teilnehmenden. Wie im Eine-Welt-Café können auch eher introvertierte Menschen ihr Wissen einbringen. Sie müssen nicht mitreden, sie können ihr Wissen auch „nur“ schriftlich vermerken. Der methodische Wechsel zwischen Zuhören und aktiver Beteiligung stärkt die Konzentrationskraft. Die Gruppenbildung und der Ergebnisvergleich bei der Präsentation vor den Impulsreferaten spornen an und bringen viel Spaß am Arbeiten.

Legen Veranstalter*innen weniger Wert auf die Differenzierung von Wissen, sondern auf die Beantwortung konkreter Fragen, kann auch das mit dieser Methode erzielt werden. Statt der inhaltlich auf das Referat abgestimmten Fragen der Referierenden können vor den Vorträgen die Veranstalterfragen beantwortet und nach den Referaten mögliche Ergänzungen dokumentiert werden.

Anmerkung

1 Eine ausführliche Beschreibung ist unter www.theworldcafe.com (7.7.2006) zu finden.

► Allgemeines

Europäisches Jahr der Chancengleichheit. Die Europäische Kommission hat 2007 zum „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ erklärt. Das Aktionsjahr ist das Herzstück einer Rahmenstrategie, mit der Diskriminierung wirksam bekämpft, die Vielfalt als positiver Wert vermittelt und Chancengleichheit für alle gefördert werden soll. Das wichtigste Ziel ist, dass die europäischen Antidiskriminierungsbestimmungen endlich in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. In Österreich, Finnland, Deutschland und Luxemburg ist das bisher nicht der Fall. Der Europäische Gerichtshof hat diese Länder deswegen bereits verurteilt. Die Themen „Recht auf Chancengleichheit“, „Anerkennung“ sowie „Respekt und Toleranz“ werden im Zentrum aller Aktionen stehen, die im Laufe des Jahres 2007 stattfinden werden. *Quelle: VdK Zeitung 12/2006*

Gesamtstatistik 2004. Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege. Hrsg. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e.V. Selbstverlag. Berlin 2006, 69 S., keine Preisangabe *DZI-D-7876*

Zum Stichtag 1. Januar 2004 gehörten bundesweit 98 827 Einrichtungen und Dienste mit 3 619 799 Betten/Plätzen zur Freien Wohlfahrtspflege. Mit insgesamt 1 414 937 hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, davon waren 47 % Teilzeitkräfte, beschäftigten die Wohlfahrtsverbände knapp 4 % aller Erwerbstätigen in der Bundesrepublik Deutschland. Dies sind einige der Daten, die aus der jetzt vorgelegten Gesamtstatistik 2004 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) hervorgehen. Die Statistik veröffentlicht nicht nur die Zahlen zu den einzelnen Fachbereichen und Einrichtungsguppen, sondern beleuchtet auch die Entwicklungen in den einzelnen Feldern seit der letzten Erhebung am 1. Januar 2000. Die Gesamtstatistik 2004 kann bestellt werden bei der BAGFW, Oranienburger Straße 13-14, 10178 Berlin, Tel.: 030/240 89-0, Fax: 030/240 89-134 E-Mail: info@bag-wohlfahrt.de

ConSozial 2006. Die Messe ConSozial 2006 zeigte, dass Soziale Arbeit und Pflege zwar Kostenfaktoren, aber auch lohnende Zukunftsinvestitionen unserer Gesellschaft sind. In seinem Plenumsreferat plädierte der Theologe und Sozialethiker Professor Dr. Graf für eine forcierte Europäisierung des sozialen Dienstleistungsmarktes, um den Mehrwert des Sozialen weiter zu steigern. Die Fachmesse bot einen umfassenden Überblick über Produkte und Dienstleistungen für Führung und Organisation sozialer Einrichtungen. Dabei zeigte sich der Trend, dass informationstechnologische Arbeitshilfen nicht mehr nur für betriebliche Abläufe angeboten werden, sondern vermehrt auch für die fachliche Arbeit mit Menschen. Mit über 4 000 Besucherinnen und Besuchern aus dem Kreis der Führungs- und Fachkräfte erreichte die Messe einen erneuten Besucherrekord. Großen Zusppruch fand das neue Forum Bildung,

in dem über 40 Hochschulen, gewerbliche und verbandliche Anbietende zahlreiche Masterstudiengänge und Weiterbildungen für leitende Mitarbeitende und Sozialunternehmer vorstellten. Nachwuchskräfte fanden auf der Job-Infobörse mit Impulsvorträgen, Beratungs- und Stellenangeboten wertvolle Unterstützung für Berufseinstieg und Karriereplanung. Die nächste ConSozial wird am 7. und 8. November 2007 im Messezentrum Nürnberg stattfinden – erstmals zusammen mit dem Bundeskongress der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation. *Quelle: Pressemitteilung KI Consult vom 14. November 2006*

Fachtagung: Die Rechtsform der Stiftung in der Sozialen Arbeit. Seit einigen Jahren spricht die Stiftungswelt von einem Stiftungsboom in Deutschland. Das bürgerschaftliche Engagement in Deutschland wächst und die gesellschaftliche Anerkennung nimmt zu. Allein im Jahr 2005 wurden 880 neue rechtsfähige Stiftungen errichtet. Damit stieg deren Gesamtzahl auf 13 490. Im Rahmen dieser Tagung – in Kooperation mit dem Bundesverband Deutscher Stiftungen – sollen Fragen über den Nutzen des Instruments „Stiftung“ für die Soziale Arbeit erörtert, Rechtsformen vorgestellt und praktische Hinweise gegeben werden, wie man erfolgreich eine Gründung und die Führung der Organisation schafft. Dabei sollen die Grundsätze des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen für die Qualität in der Stiftungsarbeit vorgestellt werden. Auch über den aktuellen Stand der Reform des Gemeinnützigkeitsrechts wird informiert. Die Tagung findet am 12. März 2007 in Berlin statt. Anmeldung: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Frau K. Piontkowski, Michaelkirchstraße 17-18, 10179 Berlin
E-Mail: veranstaltungen@deutscher-verein.de

► Soziales

Persönliches Budget. Für Menschen mit geistiger Behinderung wird das Persönliche Budget als ein Weg zu mehr Selbstbestimmung gesehen und befürwortet. Damit aber die Umsetzungsschwierigkeiten an der Basis angesichts fehlender Informationen und ungelöster Fragen abgebaut werden können, bedarf es auch der Unterstützung durch die Bundesvereinigung Lebenshilfe. So lautete das Fazit einer Gesprächsrunde in Marburg. Eingeladen waren Lebenshilfe-Vereinigungen, die in bundesweiten Modellprojekten zum Persönlichen Budget eingebunden sind. Ausgehend von den Fragen, wie das Persönliche Budget generell eingeschätzt wird und welche Chancen oder Risiken im Zusammenhang mit der Realisierung gesehen werden, informierten sich die Praxisvertreter und -vertreterinnen über ihre bisherigen Erfahrungen. Zudem ging es darum, was die Lebenshilfe auf verschiedenen verbandlichen Ebenen unternehmen kann, damit zukünftig Menschen mit geistiger Behinderung stärker als bisher diese Sozialleistung in Anspruch nehmen und gut beraten werden können.

Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 4/2006

Grundsicherung im Jahr 2005. Am Jahresende 2005 bezogen rund 620 000 Personen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Insgesamt erhielten damit 0,9 % der Bevölkerung ab 18 Jahren diese Sozialleistung. Gegenüber 2004 erhöhte sich die Zahl der Hilfebezieherinnen und -bezieher um rund 103 000 Personen oder 19,7 %. Die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs-

minderung ist eine seit Januar 2003 bestehende Sozialleistung, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellen soll. Seit Januar 2005 werden diese Leistungen nach dem 4. Kapitel des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) gewährt. Sie können bei Bedürftigkeit von 18- bis 64-jährigen Personen, wenn diese dauerhaft voll erwerbsgemindert sind, sowie von Personen ab 65 Jahren in Anspruch genommen werden. Seit dem ersten Erhebungsstichtag am Jahresende 2003, als rund 440 000 Grundsicherungsempfangende gezählt wurden, hat sich die Zahl bis zum Jahresende 2005 um 43,4 % erhöht. Mögliche Ursache für diesen Anstieg waren unter anderem die Bearbeitung der Anträge, die in den ersten beiden Jahren 2003 und 2004 aus unterschiedlichen Gründen noch nicht bewilligt werden konnten, sowie die fortschreitende Umstellung von bisheriger Sozialhilfe auf die neue Sozialleistung. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 487/06*

Was mache ich mit meinen Schulden? Infos zu Wegen aus der Schuldenspirale sowie Tipps zur Vermeidung von Überschuldung. 13. Auflage. Hrsg. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Eigenverlag. Berlin 2006, 71 S., kostenfrei *DZI-D-7759*

Die Frage im Titel dieser Broschüre müssen sich immer mehr überschuldete Personen und Familien stellen. Denn die Zahl überschuldeter Privathaushalte steigt weiter an. Die Ursachen sind vielfältig. Meistens kommen mehrere Faktoren zusammen: der Verlust des Arbeitsplatzes, Trennung oder Scheidung, eine mangelnde Kenntnis im Umgang mit Geld und Konsumwünschen, aber auch eine unzureichende Aufklärung und Beratung. Überschuldung kann zum Verlust der wirtschaftlichen Selbstständigkeit und der gesellschaftlichen Teilhabe führen. Sind Schuldenprobleme aufgetreten, ist aktives Handeln notwendig. Überschuldung muss aber nicht zwangsläufig in eine ausweglose Situation münden. Diese Broschüre gibt ausführliche Informationen zu den vielfältigen Fragestellungen und Konsequenzen von Überschuldung. Sie zeigt auch auf, welche Möglichkeiten zur Schuldenregulierung offenstehen und was Betroffene tun können, um aus der Schuldensituation herauszukommen. Bestellanschrift: Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09, 18132 Rostock, Tel.: 018 05/77 80 90, Fax: 018 95/77 80 94
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Immer mehr Menschen arbeiten in mehreren Jobs.

Zwischen 2002 und 2004 hat sich die Zahl der Mehrfachbeschäftigten in Deutschland von 90 000 auf rund 1,5 Mio. erhöht (von 2,9 % auf 4,7 %). Die räumliche Verteilung der Mehrfachbeschäftigung spiegelt die regionale Arbeitsmarktlage deutlich wider: In Regionen mit vergleichsweise günstiger Beschäftigungssituation wird häufiger mehrfach gearbeitet. Ein wesentlicher Grund für die Zunahme wird in den geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen gesehen. Seit April 2003 können bei einem Mini-Job bis zu 400 Euro monatlich steuer- und abgabenfrei hinzu verdient werden, auch wenn man einer sozialversicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung nachgeht. Diese Kombination ist mit Abstand die häufigste Form von Mehrfachbeschäftigung: 82 % üben neben einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit einen Mini-Job aus, 11 % kombinieren mehrere Mini-Jobs, 7 % haben mehrere sozialversicherungs-

pflichtige Beschäftigungen. Die Hochburgen der Mehrfachbeschäftigung sind Baden-Württemberg und Südbayern. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom Dezember 2006*

► Gesundheit

Lebenserwartung von Menschen mit Behinderung steigt.

Auf Grund besserer medizinischer Versorgung kommen inzwischen Menschen mit einer lebenslangen Behinderung ins Rentenalter, worauf sich nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Einrichtungen und Dienste der Behinderten- und Altenhilfe einstellen müssen. Gerade im Alter zeigen sich die Unterschiede zwischen Menschen mit und ohne Behinderung besonders deutlich. Zentrale Fragen lauten: Wo werden 60-jährige Menschen mit Down-Syndrom leben, wer wird sie versorgen und wie wird dies finanziert? Besonders wichtig sind für Menschen in dieser Situation Angebote, die den Tag strukturieren. Es geht darum, die fehlende Beschäftigung in der Werkstatt und den Verlust der Kontakte zum Arbeitsplatz zu ersetzen. Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) entwickelt Angebote, die auf diesen Bedarf zugeschnitten sind. So baut zum Beispiel der ASB in Bremen im Rahmen eines Projektes ein Netzwerk von Freizeitangeboten für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im Rentenalter auf. Auch bei den Wohnformen besteht Handlungsbedarf: Die unterschiedlichen Interessen und Bedürfnisse jüngerer und älterer Bewohnerinnen und Bewohner müssen stärker berücksichtigt werden. Ein weiteres Problem besteht hinsichtlich einer möglichen Pflegebedürftigkeit. Sollte eine stationäre

Pflege notwendig werden, bieten traditionelle Einrichtungen nur selten geeignete Angebote. Deshalb müssen die Beschäftigten in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe lernen, wie sie mit behinderten Menschen umgehen können, die an einer Altersdemenz erkrankt sind. Hier können Behinderten- und Altenhilfe voreinander lernen und miteinander kooperieren. *Quelle: Presseinformation des ASB vom November 2006*

Drogenabhängigkeit. Hrsg. Wissenschaftliches Kuratorium der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen e.V. Selbstverlag. Hamm 2006, 163 S., EUR 0,85 *DZI-D-7758* Mit dieser Schrift möchte die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen e.V. (DHS) verschiedene ärztliche, psychotherapeutische und psychosoziale Berufsgruppen bei der Betreuung von drogenabhängigen Patientengruppen unterstützen. Neben der Einführung in die Terminologie und Klassifikation der drogenbezogenen Störungen werden Hinweise zur Behandlung (unter anderem Prinzipien der Behandlung, Entzug, Substitution, Notfälle) gegeben. In weiteren Kapiteln wird ein Basiswissen über Substanzeigenschaften, Entwicklung und Verlauf drogenbezogener Störungen, Störungsbilder und Fallbeispiele sowie Rechtsfragen vermittelt. Bestellanschrift: DHS, Westenwall 4, 59065 Hamm, Tel.: 023 81/90 15-0, Fax: 023 81/90 15-30 E-Mail: merfert-diete@dhs.de

Integrierte Versorgung. Das Modell der Integrierten Versorgung in der Psychiatrie entspricht ausdrücklich dem Anliegen der kranken Menschen und ihrer Angehörigen,

Anzeige Bank

befindet der Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker e.V. (BapK). Von den Verträgen der Integrierten Versorgung profitieren allerdings die Patientinnen und Patienten in der Psychiatrie bislang meist nicht oder nicht flächendeckend, und Angehörige sowie Betroffene werden bei der Gestaltung und Umsetzung der Verträge nicht hinzugezogen. Vor diesem Hintergrund sieht der Selbsthilfverband Handlungsbedarf, insbesondere hinsichtlich der Qualitätsverbesserung und einer effektiveren und kontinuierlichen Einbeziehung der Patienten, Patientinnen und ihres sozialen Umfeldes. Der BapK ist eine Selbsthilfeorganisation und Solidargemeinschaft von betroffenen Familien. Der 1985 gegründete Bundesverband versteht sich als Interessenvertretung der Angehörigen psychisch kranker Menschen und als Lobby der Betroffenen auf den politischen und gesellschaftlichen Ebenen. *Quelle: Pressemitteilung des BapK vom November 2006*

► Jugend und Familie

Kinderförderung statt Ehegattensplitting. Haushalte mit Kindern werden unterschiedlich besteuert, je nachdem, ob die Eltern verheiratet oder alleinerziehend sind oder eine Lebensgemeinschaft bilden. Sieben Familienverbände fordern in einem Appell, dies zu Gunsten einer gezielten Förderung von Kindern zu ändern. Heute gibt es vielfältige Familienformen: Kernfamilie, Zweifamilie, Ein-Elternfamilie, Familie mit Migrationshintergrund, Mehrgenerationenfamilie, Ein- und Mehrkindfamilie, Großfamilie, Patchworkfamilie, Stieffamilie. Das in den 1950er-Jahren eingeführte Ehegattensplitting begünstigt jedoch völlig einseitig den Familienstand der Ehe mit traditioneller Arbeitsteilung, also die Familien, in denen die Ehepartner ungleich und trotzdem besonders gut verdienen. Bei niedrigen Einkommen bewirkt das Splitting wenig, bei ähnlich hohem Einkommen beider Partner gar nichts. Über 20 Mrd. Euro macht das Volumen des Ehegattensplittings aus, Geld, das für eine Weiterentwicklung von Kindergeld und -zuschlag zu einer Kindergrundsicherung und für den Ausbau von Bildung, Erziehung und Betreuung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege sowie der Angebote für Vorschulkinder familienpolitisch gezielter und wirkungsvoller eingesetzt werden könnte. Die Verbände fordern deshalb, das Ehegattensplitting durch eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem zweitem Grundfreibetrag zu ersetzen. Sie rufen die Bundesregierung auf, statt über weitere Steuerentlastungen für gut Verdienende durch ein Familiensplitting nachzudenken, entschiedener für das Recht auf Bildung und Existenzsicherung aller Kinder einzutreten. Kontakt: Verband berufstätiger Mütter e.V., Regionalstelle Stuttgart, Tel.: 07 11/553 09 36 E-Mail: info.vbm-stuttgart@berufstaetige-muetter.de

Elterngeldrechner geht online. Seit der ersten Dezemberwoche 2006 steht der Elterngeldrechner des Bundesfamilienministeriums im Internet bereit. werdende Mütter und Väter geben die entsprechenden Daten ein, die benötigt werden, um die voraussichtliche Höhe des Elterngeldanspruchs zu berechnen. Das Angebot hilft den zukünftigen Eltern, sowie Frauen und Männern mit Kinderwunsch bei der Planung der ersten Zeit nach der Geburt eines Kindes. Mit dem Rechner können junge Paare erkennen, dass das neue Elterngeld die wirtschaftliche Grundlage der Familie sichert, wenn auch der besser verdienende Partner für eine

gewisse Zeit die Betreuung des Kindes übernehmen will. Für Frauen und Männer, deren Kind ab dem 1. Januar 2007 geboren wird, tritt das Elterngeld an die Stelle des bisherigen Erziehungsgeldes. Das Elterngeld ersetzt 67 % des nach der Geburt des Kindes wegfallenden Erwerbseinkommens bis maximal 1 800 Euro. Für nicht erwerbstätige Väter und Mütter gibt es ein Mindestelterngeld von 300 Euro. Für Geringverdienende, Mehrkindfamilien und Familien mit einer Mehrlingsgeburt wird das Elterngeld erhöht. Der Elterngeldrechner kann keine rechtsverbindlichen Auskunft geben. Die endgültige Entscheidung bleibt einzig der zuständigen Elterngeldstelle vorbehalten, bei der nach der Geburt des Kindes der Antrag zu stellen ist. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 138/2006*

Gebündelte Kompetenzen für berufliche Integration.

Modellprogramm Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit. Modellphase Kompetenzagenturen. Hrsg. Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS). Selbstverlag. Offenbach am Main 2006, 135 S., EUR 13,50 *DZI-D-7775*

Mit diesem Werkstattbericht wird in die tägliche Praxis des im Rahmen des Modellprogramms „Kompetenzagenturen“ agierenden Case Managements Einblick gegeben. Seit November 2002 begleiten 15 Kompetenzagenturen, gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, besonders benachteiligte Jugendliche bei ihrer beruflichen und sozialen Integration. Dabei unterstützt das Case Management die jungen Menschen individuell und passgenau, es gleicht Förderbedarf und vorhandene Angebote miteinander ab und lotet gemeinsam mit den Jugendlichen die Zukunftsperspektiven aus. Nach dreieinhalb Jahren zeigt sich: Die Arbeit der Agenturen ist effektiv und übertragbar, und weit über 5 000 Jugendliche suchten bei ihnen Unterstützung, mehr als 3 000 wurden in die intensive Betreuung übernommen. Ein Drittel dieser Jugendlichen befindet sich auf einem Weg, der ihren jeweiligen Motivationen und Kompetenzen entspricht und ihnen eine gesellschaftliche Teilhabe eröffnet. Bestellanschrift: INBAS, Herrnstraße 53, 63065 Offenbach, Tel.: 069/272 24-0, Fax: 069/272 24-30 E-Mail: inbas@inbas.com

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bayern.

Nach einer speziellen Betreuungseinrichtung für 16- und 17-jährige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in München wurde im November 2006 eine gleichartige Einrichtung in der Zentralen Aufnahmeeinrichtung in Zirndorf ihrer Bestimmung übergeben. Die neue Wohngruppe wird von den Rummelsberger Diensten für junge Menschen betreut. In der Münchner Aufnahmeeinrichtung wurden seit Januar 2006 bereits über 100 jugendliche unbegleitete Flüchtlinge betreut. Die jungen Menschen haben in aller Regel ein schwieriges Migrationsschicksal hinter sich. Sie kommen oft mit falschen Vorstellungen nach Deutschland und wissen häufig nicht, dass sie, wenn sie volljährig sind, in der Regel in ihr Heimatland zurückkehren müssen. Die meisten werden weder als Asylberechtigte anerkannt noch können sie einen anderen auf Dauer angelegten Aufenthaltstitel erhalten. Enttäuschungen gilt es durch qualifizierte Betreuung aufzufangen, bei der auf die persönliche und individuelle Situation der Jugendlichen eingegangen

wird, wie es in den Einrichtungen in Bayern der Fall ist.
Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 580/2006

► Ausbildung und Beruf

Kinder- und Jugendarbeit studieren. Der Hessische Jugendring startete in Kooperation mit hessischen Jugendverbänden an der Universität Frankfurt am Main in das Wintersemester 2006/07 mit einer neuen Vorlesungsreihe zum Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Gemeinsam mit einzelnen Jugendverbänden bietet der Hessische Jugendring seit fünf Jahren an Hochschulen des Bundeslandes ein Studienangebot zu aktuellen pädagogischen Fragen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendforschung an. Die bisherigen Erfahrungen machen deutlich, dass viele Studierende ehrenamtlich in diesem Bereich aktiv sind und das Angebot „Wissenschaft & Praxis“ mit großem Interesse aufgreifen. Im laufenden Semester lernen sie am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Frankfurt am Main Jugendverbände mit außerschulischen Bildungsangeboten als zivilgesellschaftlich Agierende mit demokratischem Engagement für nachhaltiges Lernen in Fragen der Ökologie, der interkulturellen Öffnung und in der Auseinandersetzung gegen Rechts-Extremismus kennen. Praxisbeispiele aus der Jugendbildung, der Kooperation von Schule und Jugendarbeit und erprobte Konzepte der professionellen Förderung des ehrenamtlichen Engagements werden mit der Theorieentwicklung zur Kinder- und Jugendarbeit verglichen und diskutiert. *Quelle: dbjr-info 7/2006*

Selbsthilfe unterstützen. Fachliche Grundlagen für die Arbeit in Selbsthilfekontaktstellen und anderen Unterstützungseinrichtungen. Hrsg. NAKOS. Selbstverlag. Berlin 2006, 145 S., kostenfrei bei Einzelbezug *DZI-D-7761* Mit diesem Leitfaden trägt NAKOS dem Wunsch vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Selbsthilfekontaktstellen nach einer zeitgemäßen Arbeitshilfe für ihre Arbeit Rechnung. Es werden die fachlichen und institutionellen Grundlagen der professionellen Selbsthilfeunterstützungsarbeit vorgestellt. Zentrale Aspekte der Berufsrolle (zum Beispiel kooperative Beratung und Empowerment) und bewährte Kernelemente (wie Aufklärung, Information und Vermittlung) werden ebenso beschrieben wie wichtige Kooperationsprozesse (Mitwirkung in Netzwerken). Die Entwicklungsgeschichte der Unterstützung von Selbsthilfegruppen der letzten Jahrzehnte wird nachgezeichnet, ein Überblick über das gegenwärtige Feld der Selbsthilfe in Deutschland gegeben und neue gesellschaftliche Herausforderungen und Praxisaufgaben (zum Beispiel Familien- und Patientenorientierung) werden angesprochen. Bestellanschrift: NAKOS, Wilmsdorfer Straße 39, 10627 Berlin, Tel.: 030/31 01 89 60, Fax: 030/31 01 89 70 E-Mail: selbsthilfe@nakos.de

Tagungskalender

8.2.2007 Berlin. Internationale Fachtagung: Merkmal: aggressiv auffällig – labeled as aggressive. Ideen und Konzepte im Umgang mit gewaltauffälligen Kindern und Jugendlichen. Anmeldung: CAMINO, Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich, Scharnhorststraße 5, 10115 Berlin, Tel.: 030/786 29 8, Fax: 030/785 00 91, E-Mail: mail@camino-werkstatt.de

12.-14.2.2007 Berlin. Seminar: Kommunale Familienpolitik vor neuen Herausforderungen. Information: Deutsches Institut für Urbanistik, Ernst-Reuter-Haus, Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-100, E-Mail: fortbildung@difu.de

22.-24.2.2007 Hamburg. 14. Symposium Frühförderung: Systeme im Wandel. Familie – Frühförderung – Interdisziplinarität. Information: Vereinigung für interdisziplinäre Frühförderung, Arbeitsstelle Frühförderung Bayern, Seidlstraße 4 II, 80335 München, Tel. 089/54 58 98-20, Fax: 089/54 58 98-29

5.-7.3.2007 Erkner bei Berlin. EREV-BeB-Forum: Kooperation: Jugendhilfe – Jugendpsychiatrie – Sozialpsychiatrie. Eine gemeinsame Herausforderung. Information: Bundesverband evangelische Behindertenhilfe, Altensteinstraße 51, 14195 Berlin, Tel.: 030/830 01-270, Fax: 030/830 01-275

9.3.2007 München. Vortrag: Soziale Intelligenz als Wettbewerbsvorteil für Unternehmen. Information: Katholische Stiftungsfachhochschule, Preysingstraße 83, 81667 München, E-Mail: if-fortbildung@ksfh.de

16.-17.3.2007 München. 2. Münchner AIDS Werkstatt: Die Welt nach dem CROI – kompakt, konstruktiv, konzentriert. Interaktive Wissenschaftsplattform zu somatischen und psychosozialen Aspekten der HIV-Erkrankung. Information: mic – management information center, Justus-von-Liebig-Straße 1, 86899 Landsberg, Tel.: 081 91/125-254, Fax: 081 91/125-404, E-Mail: g.schwaiger@m-i-c.de

20.-22.3.2007 Nürnberg. Altenpflege + ProPflege 2007: Fachmesse mit Kongress für Pflege, Therapie und Betreuung + Professionelle Patientenversorgung. Information: Vincentz Network, Veranstaltungsdienste, Postfach 62 47, 30062 Hannover, Tel.: 05 11/99 10-175, Fax: 05 11/99 10-199, E-Mail: veranstaltungen@vincentz.net

26.-27.4.2007 Magdeburg. 5. Kongress der Sozialwirtschaft: Europa sozial managen. Werte – Wettbewerb – Finanzen. Information: SozKon, Kongressorganisation, c/o AWO-Akademie Helene Simon, Oppelner Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/66 85-136, E-Mail: woy@awobu.awo.org